

Dein Update

Wir im Bund. Wir im Land. Wir im Kreis Bergstraße.



Ausgabe September 2022: Themen im Land Hessen

Günter Rudolph: Krise erfordert Zusammenarbeit der Demokraten – Gerechte Lastenverteilung und Hilfe für die, die sie benötigen

Der Hessische Landtag hat heute über die Folgen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine debattiert und darüber, wie die hessische Landespolitik darauf richtig reagieren kann.

Der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Günter Rudolph, kritisierte in der Plenardebatte, dass Vertreterinnen und Vertreter von Parteien am rechten wie am linken Rand des politischen Spektrums den Krieg und seine Auswirkungen auf Deutschland ausnutzten, um mit billigem Populismus Wählerstimmen zu sammeln.

Rudolph sagte: „Wir haben aktuell eine Situation, wie es sie seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs nicht mehr gab. In solch einer Situation muss es um die Menschen gehen, nicht um politische Geländegewinne. Es gilt, das Land und unsere Demokratie zu stützen und zu stabilisieren und nicht den – völlig falschen – Eindruck zu erwecken, die deutsche und die hessische Politik seien handlungsunfähig. Wer von einem ‚Heißen Herbst‘ phantasiert, der begibt sich auf einen gefährlichen Irrweg. Die Bundesregierung handelt, sie handelt besonnen und sie beweist, dass sie lernfähig ist. Die drei Entlastungspakete, die bisher von der Ampelkoalition in Berlin beschlossen wurden, sind in ihrer Gesamtheit ziel- und passgenau gestaltet. Was wir vermissen, ist eine eigene, hessenspezifische Ergänzung zu den Entlastungsprogrammen des Bundes. An dieser Stelle liefert die Landesregierung derzeit nicht.“ Rudolph verwies in diesem Zusammenhang auf die Notfallfonds der Länder Niedersachsen und Schleswig-Holstein, die zusätzliche Entlastungen für besonders Betroffene zur Verfügung stellten. „Warum soll Schwarzgrün in Hessen eigentlich nicht können, was Schwarzgrün in Schleswig-Holstein und eine Große Koalition in Niedersachsen einfach machen?“, fragte Rudolph.

Eine Entspannung der Lage sein nicht in Sicht, stellte der Fraktionsvorsitzende mit Blick auf die Teilmobilmachung der russischen Streitkräfte fest, die der russische Staatspräsident heute angeordnet hat. „Der deutsche Staat und das Land Hessen können nicht alle Lasten übernehmen, die sich aus dem Energiekrieg ergeben, den Putin parallel zu seinem verbrecherischen Überfall auf die Ukraine gegen Westeuropa führt. Es wird ohne Zweifel Einschränkungen geben müssen. Aber wir als politische Entscheidungsträger müssen dafür

sorgen, dass die Folgen dieser Einschränkungen gerecht und gleichmäßig verteilt werden. Vor allem aber müssen wir den Menschen im Land eine Perspektive geben, wie es weitergehen soll, und ihnen die Ängste nehmen, die sie angesichts der krisenhaften Lage natürlich haben“, so Rudolph.

Er sicherte zu, dass die hessische SPD und deren Landtagsfraktion bereit seien, bei der Krisenbewältigung mit der schwarzgrünen Landesregierung konstruktiv zusammenzuarbeiten. „Wir sind bereit, unseren Teil der Verantwortung für das Land zu tragen“, so der SPD-Fraktionsvorsitzende, „es liegt an der Landesregierung, dieses Angebot zum Wohle aller anzunehmen.“

Lehrkräfte benötigen Dauerperspektiven und keine Sommerferienarbeitslosigkeit

Die SPD-Landtagsfraktion hat einen Antrag (Drucks. 20/9144) in den Landtag eingebracht, der die Praxis, befristet beschäftigte Lehrkräfte in die Sommerferienarbeitslosigkeit zu entlassen, beenden soll. Angesichts des massiven Lehrkräftemangels müsse damit endlich Schluss sein, fordert der bildungspolitische Sprecher, Christoph Degen:

„Lehrkräfte in den Sommerferien nicht zu bezahlen, ist unsozial und völlig aus der Zeit gefallen. Wir suchen händeringend Personal für unsere Schulen, leisten uns aber den Luxus, ausgerechnet die Kräfte, die als Vertretung einspringen und auf die wir dringend angewiesen sind, schlechter als alle anderen zu behandeln. Die Befristungspraxis, die Schwarzgrün betreibt und vehement befürwortet, ist ein Anachronismus.“

Die Regelung, die die SPD-Fraktion im Antrag vorschlägt, gelte in Rheinland-Pfalz seit drei Jahren. „Der Vorschlag ist unbürokratisch, bietet den Betroffenen Planungssicherheit und trägt dazu bei, qualifizierte Lehrkräfte in Hessen zu halten. Nach unserem Vorschlag werden alle Lehrkräfte, die zum 1. März eines Jahres bis zum Ende des Schuljahres einen Vertrag haben, bis zum Ende der Sommerferien bezahlt, ohne Wenn und Aber. Angesichts eines leergefegten Arbeitsmarktes und besserer Bedingungen in anderen Bundesländern können wir uns die Praxis überhaupt nicht leisten.“ Darauf wiesen in der letzten Woche auch Landesschülervertretung, Landeselternbeirat und die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft in einer gemeinsamen Pressekonferenz hin. „Wir sind uns mit den Verbänden in allen Punkten einig, dass die Landesregierung bei der Lehrkräftegewinnung, psychischen Gesundheit von Schülerinnen und Schülern sowie der Ausstattung der Schulen versagt“, sagte Degen.

Schwarzgrün gehe es nur darum, den Landeshaushalt auf Kosten der Sozialkassen des Bundes zu entlasten. Auf diesen Taschenspielertrick könne niemand stolz sein. „Seit Jahren wird diese Praxis auf dem Rücken vieler Lehrkräfte ausgetragen. Das zeugt von geringer Wertschätzung, die sich wie ein roter Faden durch die Bildungspolitik zieht. Denn auch die Grundschullehrkräfte müssen als Einsparmaßnahme erhalten, weil Schwarzgrün nicht bereit ist, ihre Besoldung auf

A13 anzuheben. Hinzukommt, dass Qualifizierungsprogramme für den Quereinstieg, wie wir sie seit Jahren bei den Haushaltsberatungen fordern, auf Sparflamme laufen. Wir brauchen mehr Studienplätze für das Grundschul- und Förderschullehramt, mehr Qualifizierungsangebote und dringend Fortbildungen in Sachen Digitalisierung“, so Degen.

Frust an Schulen nimmt zu, Realitätsverlust von Schwarzgrün auch

Als „zutiefst frustrierend“ hat der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Christoph Degen, die heutige Regierungserklärung von Kultusminister Lorz (CDU) im Hessischen Landtag bezeichnet.

Degen sagte:

„Mini-Projekte und Modellversuche sind keine Antwort auf bildungspolitische Missstände und Versäumnisse. Das Markenzeichen von Schwarzgrün in der Bildungspolitik ist das Abschieben von Verantwortung – auf die Schulen und die Lehrkräfte, auf die Schulträger oder wahlweise auf den Bund und die Krisen dieser Welt. Das gilt für Lehrermangel, Digitalisierung, Ganztagsausbau oder die Gesundheit und damit Arbeitsfähigkeit der Lehrerinnen und Lehrer. Statt mehr Lehrkräfte auszubilden, werden Vertretungslehrkräfte mit Kettenverträgen abgespeist oder in den Sommerferien nicht durchbezahlt. So vergrault man Menschen, die wir an den Schulen dringend brauchen.“

Die vielen Mini-Projekte, die der Minister in seiner Regierungserklärung akribisch aufgezählt hat, sind nichts als politische Eintagsfliegen, die weder die Qualität von Schule erhöhen noch als Motor für pädagogische Innovationen taugen. Mit Fake-Fächern wie der ‚Digitalen Welt‘ wird Zukunftsfähigkeit simuliert, aber nicht geschaffen. Die Mehrzahl der Maßnahmen, derer sich der Minister rühmt, geht an der Realität vorbei oder ist wirkungslos.

Hessen braucht eine Bedarfsanalyse für den Rechtsanspruch auf den Ganzttag und einen entsprechenden Ausbauplan. Das Land – also: die schwarzgrüne Landesregierung, die in der politischen Verantwortung steht – muss mehr Lehrkräfte durch Qualifizierung gewinnen, mehr Studienplätze für das Lehramt anbieten, mehr Daten erfassen und endlich die Belastung von Schulleitungen und Lehrkräften seriös erheben. Und: Das Land muss die Besoldung von Grundschullehrkräften auf das Niveau in anderen Bundesländern anheben.

Zu all dem liegen Vorschläge der SPD-Fraktion vor. Und wir hätten absolut nichts dagegen, wenn die Landesregierung hier die Copy-and-Paste-Funktion nutzen und sich unsere Ideen zu eigen machen würde.“

Schülerbefragung stellt Schwarzgrün schlechtes Zeugnis aus

Die 2. Schülerbefragung der Landesschülervertretung hat ergeben, dass die Schulen unseres Landes nach 22 Jahren konservativer Bildungspolitik kein Ort sind, an dem sich junge Menschen gerne aufhalten: Die Befragten sagen mehrheitlich, dass das Aufholprogramm ‚Löwenstark‘ ein Flop ist. Sie beklagen, dass Rassismus und Aggression an den Schulen zunimmt. Und neun von zehn Schülerinnen und Schülern an den Gymnasien sagen, dass der Schulbesuch für sie eine psychische Belastung darstellt.

Energiekrise darf nicht zu einer sozialen Krise werden

Lisa Gnadl, sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag, erklärt aus Anlass der heutigen Pressekonferenz der Fraktion DIE LINKE.: „Armut bleibt in Hessen ein ernsthaftes Problem, das man offensichtlich nicht mit dieser schwarzgrünen Landesregierung bewältigen kann.“ Eine alarmierende Situation, die auf allen Ebenen schnelles Handeln erfordere.

„Im Bund geht es da schon gut voran. Nehmen wir nur die deutliche Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro oder die geplante Einführung der Kindergrundsicherung und des Bürgergelds“, so Gnadl. Das Entlastungspaket III der Bundesregierung zur Abfederung der Folgen des Ukraine-Kriegs schaffe zudem für Millionen Bürgerinnen und Bürger auch in Hessen kurz und mittelfristige Erleichterungen. Insbesondere Menschen mit kleineren und mittleren Einkommen profitierten erheblich von den umfangreichen Maßnahmen. Neben der Strompreisbremse und der Energiepreispauschale für Rentnerinnen, Rentner, Studierende und Auszubildende sei insbesondere die Teilfinanzierung eines bundesweit gültigen Nahverkehrstickets zu begrüßen. „Wir müssen alles dafür tun, um den finanziell schwächeren Haushalten wirksam unter die Arme zu greifen“, erklärt Gnadl. Es habe oberste Priorität, dass alle Hessinnen und Hessen durch den Winter kommen, ohne in ihren Wohnungen frieren zu müssen oder im kommenden Jahr ihre Gasrechnung nicht bezahlen zu können. „Die Energiekrise darf nicht zu einer sozialen Krise werden und dazu muss auch Hessen einen Beitrag leisten.“ Ihre Fraktion habe daher auch in einem Antrag für die kommende Plenarwoche konkrete Vorschläge eingebracht (Drucks. 20/9143).

Um nachhaltige Lösungen für die von Armut betroffenen Menschen in Hessen zu finden, müsse aus ihrer Sicht zuallererst der Armuts- und Reichtumsbericht wiedereingeführt werden. „Die SPD-Fraktion hat aber auch hier schon zahlreiche konkrete Maßnahmen vorgeschlagen, die von der Bekämpfung des Niedriglohnsektors über gebührenfreie Bildung in Kitas und Krippen bis hin zu einem Programm gegen Wohnungs- und Obdachlosigkeit gehen. Doch nichts hiervon wurde

von dieser Landesregierung auch nur geprüft. Ideen und Konzepte liegen bereits auf dem Tisch und es hilft wenig, wenn man nach all den Monaten erst jetzt damit beginnt, Gespräche zu führen“, so Gnadl.

Quelle: <https://www.spd-fraktion-hessen.de/category/pressemitteilung/>

Antrag: Hilfsprogramm für den Sport – hessische Sportvereine vor Energiekrise schützen

Dringlicher Antrag Fraktion der SPD

Hilfsprogramm für den Sport - hessische Sportvereine vor Energiekrise schützen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag bekennt sich zum hohen gesellschaftlichen Stellenwert des Sports und sichert zu, gerade in Zeiten der Energiekrise für die hessischen Staatsziele Sport und Ehrenamt aktiv einzutreten.
2. Der Landtag stellt fest, dass die im Zuge des Angriffs auf die Ukraine enorm gestiegenen Energiepreise den Breitensport in diesem Winter hart treffen werden. Sportvereine übernehmen zunehmend als Eigentümer bzw. Betreiber von Sportinfrastruktur Verantwortung in der Bereitstellung von Einrichtungen für die örtliche Daseinsvorsorge. Sie sind durch die Folgen der Corona-Pandemie finanziell häufig noch unter Druck und können als gemeinnützige Organisationen nicht auf Rücklagen zurückgreifen. Die Vervielfachung der Energiekosten von Vereinen ist ohne öffentliche Unterstützung nicht zu finanzieren.
3. Der Landtag stellt fest, dass die Gewährleistung von Vereinssport nach über zwei Jahren coronabedingter Einschränkungen höchste Priorität haben muss. Sport fördert die kindliche geistige und körperliche Entwicklung und dient zudem der Prävention von Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Bluthochdruck und Typ-2-Diabetes. Er leistet damit einen wichtigen gesellschaftlichen Beitrag. Zudem verbindet insbesondere der Vereinssport Menschen miteinander, er ist in der Lage die Gesellschaft als Ganzes zu stabilisieren.
4. Die Landesregierung wird aufgefordert, schnellstmöglich ein Hilfsprogramm für Sportvereine zu entwickeln, die wegen der Energiekrise in Not geraten. Laut der Präsidentin des Landessportbundes Hessen e.V. Juliane Kuhlmann besteht ansonsten die Gefahr, dass viele Vereine spätestens ab Anfang kommenden Jahres ihre Abschläge für Strom und Gas nicht mehr bezahlen können.
5. Die Landesregierung wird aufgefordert, den Landessportbund Hessen e.V. bei zukünftigen Energiekrisen-Gesprächsrunden und/oder entsprechenden Dialogprozessen mit einzubeziehen.
6. Die Landesregierung wird aufgefordert, die Sportvereine bei Energieberatung und Energieeinsparung noch stärker zu unterstützen.

Antrag: Hilfsprogramm zur Abfederung der Energiekrise

Antrag

Fraktion der SPD

Hilfe zur Abfederung der Folgen der Energiekrise

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Hessische Landtag stellt fest, dass das Entlastungspaket III der Bundesregierung für Millionen Bürgerinnen und Bürger auch in Hessen kurz und mittelfristige Erleichterungen schafft. Insbesondere Menschen mit kleineren und mittleren Einkommen profitieren erheblich von den umfangreichen Maßnahmen. Neben der Strompreisbremse und der Energiepreispauschale für Rentnerinnen, Rentner, Studierende und Auszubildende ist insbesondere die Teilfinanzierung eines bundesweit gültigen Nahverkehrstickets zu begrüßen.
2. Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung auf, das Angebot des Bundes anzunehmen und sich an der Finanzierung eines Nachfolgetickets zu beteiligen. Die Menschen brauchen jetzt nachhaltige Lösungen. Ein günstiges ÖPNV-Ticket leistet eine erhebliche finanzielle Entlastung und trägt gleichzeitig zur Reduzierung der CO₂-Belastung bei.
3. Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung auf, ein Förderprogramm für Strom- und Wärmespeicher aufzulegen, um z.B. bisher abgeriegelte Einspeiseleistung bei Photovoltaikanlagen und Windenergie sinnvoll zu nutzen. Hierbei sollte eine Priorisierung der Genehmigungsverfahren erfolgen.
4. Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung auf, weiterhin sicherzustellen, dass Privathaushalte auch im Falle akuter Kapazitätsengpässe der Energieressourcen mit Priorität versorgt werden. Weiterhin soll das Landes-Kartellamt darüber wachen, dass der Preiswettbewerb zugunsten der Verbraucherinnen und Verbraucher funktioniert und dass alle Maßnahmen, die der Bund unternimmt, um die Marktsituation zu entspannen, unmittelbar an die privaten Haushalte weitergegeben werden.
5. Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung auf, einen Notfallfonds zur Entlastung der Menschen bei den Lebenshaltungskosten, zum Schutz vor Strom- und Gassperren und Energiearmut zu entwickeln. Mit Hilfe des Fonds soll in Ausnahmesituationen denjenigen finanziell unter die Arme gegriffen werden, die ihre Strom- und Gaskosten nicht bezahlen können und denen deshalb eine Strom- und Gassperre droht. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, eine Meldestelle für Menschen einzurichten, die akut von einer Strom- oder Gassperre bedroht sind. Es muss eine Härtefallregelung geschaffen werden, damit alle Menschen gut durch den Winter kommen.
6. Wir fordern die Hessische Landesregierung auf, sich bei den Energieversorgern insbesondere für die Verbraucherinnen und Verbraucher einzusetzen, die bereits hohe Energieschulden haben. Hier muss es faire Ratenzahlungsvereinbarungen geben, die es den betroffenen Haushalten ermöglichen, sich aus eigener Kraft aus den Schulden zu befreien.
7. Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung auf, die Verbraucherzentrale mit mehr finanziellen und personellen Kapazitäten auszustatten, um die Beratung der Verbraucherinnen und Verbraucher zu stärken. Hierbei sollen insbesondere juristische Hilfeleistungen, Energieberatung und die soziale Arbeit gestärkt werden. Das breit gefächerte Beratungsangebot dient insbesondere Menschen, die ihre Rechte nicht kennen oder finanziell nicht mehr weiterwissen. Eine Förderung von Energiesparmaßnahmen kann hier außerdem weitere notwendige Unterstützung leisten.
8. Der Hessische Landtag begrüßt die im Entlastungspaket der Bundesregierung vorgesehene Unterstützung für Betriebe. Das gilt etwa für die Einführung einer Strompreisbremse oder dafür, den Kreis der für das Energiekostendämpfungsprogramm anspruchsberechtigten Betriebe, die bislang nicht auf der sogenannten KUEBBL-Liste stehen, zu erweitern. Der

Landtag stellt fest, dass mit einem Bundesprogramm alleine nicht alle Branchen und Themenstellungen abschließend geklärt werden können. Aber auch hier braucht es insbesondere für energieintensive Unternehmen und Betriebe wie bspw. Bäckereien unterstützende Maßnahmen des Landes.

9. Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung auf, alles dafür zu tun, dass die Hochschulen trotz Energiekrise auch im Winter offenbleiben und die Studierenden so viel Präsenzlehre wie möglich erhalten. Sollte der finanzielle Spielraum der Hochschulhaushalte nicht ausreichen, um die Zusatzbelastung aufgrund der erheblichen Gas-Preissteigerungen zu bewältigen, muss das Land die Hochschulen mit zusätzlichen Mitteln aus einem Notfallfonds unterstützen. Forschung und Lehre müssen in diesem Winter reibungslos weiterlaufen können. Es darf keinen Gas-Lockdown der Hochschulen geben.

Begründung:

Wir stehen vor einer der größten energiepolitischen Herausforderungen. Derzeit ist unklar, in welcher Situation wir im Herbst bzgl. der Gasversorgung sein werden. Die Bundesregierung hat mit dem Entlastungspaket III substanzielle Hilfen in der Energiekrise vorgelegt. Bevölkerung und Wirtschaft werden wirksam dabei unterstützt, mit den extrem gestiegenen Energiepreisen zurecht zu kommen. Die immer weiter steigenden Belastungen für die Menschen erfordern aber auch die Unterstützung und das Handeln der Hessischen Landesregierung. Wir müssen auf allen Ebenen alles dafür tun, um den finanziell schwächeren Haushalten wirksam unter die Arme zu greifen. Oberste Priorität muss sein, dass alle Hessinnen und Hessen durch den Winter kommen, ohne in ihren Wohnungen frieren zu müssen oder im kommenden Jahr ihre Gasrechnung nicht bezahlen zu können. Die Energiekrise darf nicht zu einer sozialen Krise werden und dazu muss auch das Land einen Beitrag leisten. Hier muss sich Hessen ein Beispiel an anderen Bundesländern wie Niedersachsen oder dem Saarland nehmen und die Forderung des DGB Hessen-Thüringen nach einem hessischen Notfallfonds aufgreifen.

Weitere Themen als Links:

<https://www.spd-fraktion-hessen.de/2022/09/15/dr-daniela-sommer-fordert-staerkere-unterstuetzung-der-kliniken-durch-das-land/>

<https://www.spd-fraktion-hessen.de/2022/09/15/landesregierung-ist-nicht-imstande-das-projekt-ejustice-effizient-erfolgreich-und-zeitnah-umzusetzen/>